

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 119 (1993)
Heft: 42

Artikel: Endlich: Bundesrat zieht Konsequenzen : die Regierungsreform beginnt im EDA
Autor: Schällibaum, Daniel / Raschle, Iwan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-617864>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Der Bundesrat hat die Kritik an der Aussenpolitik ernst genommen und will seine Führungsverantwortung wahrnehmen», begründet Noch-Aussenminister Flavio Cotti den plötzlichen Positionsbezug der Regierung. Ist die Zeit der effektiven Wirkungslosigkeit schweizerischer Aussenpolitik vorbei? «Ja», meint Cotti euphorisch. «Wir haben endlich eine schlagkräftige Alternative zur klassi-

nicht klein beizugeben», gibt sich Christoph Blocher siegesgewiss. In einer Zeit der Orientierungslosigkeit – nach der letzten und vor der nächsten (baldigen) EWR-Abstimmung sind solche Worte Balsam für das gebeutelte Volk. Für ein Volk, das sich – obgleich klein und schwach – immer wieder gegen die Grossen und Mächtigen der Welt durchsetzen konnte.

fällt, sondern auf dem kalten und glatten Eis. Statt langwierige Verhandlungen zu führen, werden die Eidgenossen gegen eine Auswahlmannschaft des jeweiligen Landes antreten und die Sache an einem Abend entscheiden.

Meisterschaftsrunden statt Politik

Der Prozess der europäischen Integration könnte auf diese Weise im Rahmen einer einzigen Meisterschaftsrunde entschieden werden: Wer gewinnt, hat grünes Licht und kann seine Forderungen rücksichtslos durchsetzen – freilich nur bis zur nächsten Meisterschaft, die vom Internationalen Komitee für Hackordnung (vormals UNO) angesetzt wird. Diese Regelung soll zu einem späteren Zeitpunkt auch auf internationaler Ebene gelten. Ein konkretes Beispiel dazu – der Golfkrieg: Anstatt ein bombastisches Feuerwerk zu veranstalten, hätten Bushs Söhne gegen die heiligen Krieger des Saddam antre-

Die Regierungsreform beginnt im EDA

Endlich: Bundesrat zieht Konsequenzen

Von Daniel Schällibaum und Iwan Raschle, Bern/New York

«Wir sind froh, dass die Schweiz ihre Führungsrolle in der Weltpolitik endlich wahrnimmt.» Sichtlich erfreut reagierte US-Präsident Bill Clinton am letzten Freitag auf ein dürres Pressecommuniqué aus Bern. Dessen Inhalt: Die Schweiz will künftig eine aktive und offensive Aussenpolitik betreiben. Zu diesem Zweck wird sie Anfang 1994 das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) auflösen. An Stelle des EDA soll künftig das neue Departement für Sport die Interessen der Schweiz im Ausland vertreten. Adolf Ogi zu diesem Entscheid: «Sport ist die Fortsetzung der Aussenpolitik mit anderen Mitteln.»

schen Diplomatie gefunden, die vom Volk verstanden wird und für einen Kleinstaat wie die Schweiz ideal ist.» Laut Bundesrat Cotti soll die Schweiz schon im nächsten Jahr ein internationales Schwergewicht werden – und das ohne Kapitulation vor der EG oder vor Amerika.

Das EDA wird 1994 aufgelöst

Und so sehen die Pläne des Bundesrates aus: Das EDA wird aufgelöst. Auswärtige Angelegenheiten werden künftig vom Departement Sport betreut, was einer «totalen Neuorientierung der schweizerischen Aussenpolitik» gleichkommt, wie der Bundesrat betont: «Die schweizerischen Interessen sollen künftig wieder so kämpferisch vertreten werden, wie das früher der Fall war.» Damit schlägt unsere Regierung den Bogen zur Schlacht am Morgarten und verfolgt wieder eine Politik des Angriffs. Was insbesondere von europakritischen Politikern begrüsst wird: «Wir Schweizer können kämpfen und brauchen

Nach dem schweizerischen System werden politische Entscheide künftig nicht mehr auf dem diplomatischen Parkett ge-

Tageskommentar von Frank A. Meyer, Schattenbundesrat

Merken es die Sozialdemokraten?

«Ist das schädlich? Es ist nützlich! Mehr als vier Jahrzehnte lang war die Armee das Tabu der Schweizer Politik. Wer gegen dieses Tabu versties, wurde übel abgekanzelt, auch politisch fertiggemacht. Unsere Miliz und ihr Apparat waren ideologisch in den Händen rechter und rechtsextremer Eiferer. Ist es verwunderlich, dass jetzt die Dämme brechen? Für die Schweiz, ihre Bürgerinnen und Bürger, die Menschen, die bei uns leben, ist längst der politische Ernstfall eingetreten. Die Schweiz gerät aussenwirtschaftlich und aussenpolitisch mehr und mehr in die Isolation. Was brauchen wir in dieser Zeit? Das EDA benötigt eine Revolution: eine zupackende und kreative Mannschaft, ein spontanes und, wo nötig, auch hemdsärmeliges Selbstverständnis. Aussenpolitik ist Knochenarbeit, wenn sie erfolgreich sein soll. Es gibt in der Politik historische Stunden. Vielleicht schlägt so eine Stunde für die Schweiz. Womöglich merkt es sogar jemand, wenn sie schlägt. Die Sozialdemokraten?»

REKLAME

Bis 24. Okt. an jedem Tag!
ILTIOSBAHN und
 LUFTSEILBAHN
Chäserrugg
Unterwasser
 Wetterbericht 040/67 II 91

ten müssen – auf dem Eisfeld. Hätten die Wüstensöhne den Sieg auf Schlittschuhen davongetragen, wäre die arabische Meisterschaft fürs erste entschieden gewesen, umgekehrt hätte sich Hussein für die europäische Endrunde qualifiziert (womit natürlich die Schweiz zum Zug gekommen wäre, und wir unsere Erdölreserven auf lange Zeit hätten sichern können).

Die Schweiz wird das neue Amerika

Bei den Vereinten Nationen haben die Pläne des Bundesrates zwiespältige Reaktionen ausgelöst: Während sich der amerikanische Präsident Bill Clinton hocheifrig zeigte, protestierten vor allem südliche Länder gegen die vom Komitee für Hackordnung (KFH) festgesetzte Wintersportart. Der als neuer Sport- und somit auch Aussenminister gehandelte KFH-Sekretär, Bernhard Russi gab sich aber unbekümmert: «Wir haben einigen Drittweltländern bereits unsere guten Dienste angeboten.» Konkret heisst das – eine bessere Auslastung unserer Winterkurorte, werden künftig doch sämtliche südlichen Armeen in unseren Bergen das Schlittschuhlaufen üben. Womit gesichert ist, dass die Schweiz international eine weit wichtigere Rolle spielen wird als heute. Dazu Russi: «Die Schweiz ist das

neue Amerika.» Von einer roten Gefahr aus dem schnee- und eisreichen Osten will der neue

Chefdiplomat nichts wissen, die Russen hätten «genug mit regionalen Ausscheidungen zu tun.»

Reaktionen

«Der Staat muss sich neue Führungsmittel schaffen. Beim Sport wird bei uns politisch alles dem Zufall überlassen», sagt FDP-Ständerat Otto Schoch zu den Plänen des Bundesrates, ein Sportministerium zu schaffen. Zwar ist die Regierung dem Interessenvertreter des Sports zuvorgekommen – Schoch wollte in der kommenden Wintersession eine entsprechende Motion einreichen –, doch zeigt sich der FDP-Politiker als guter Sportler: «Hauptsache, es wird gespielt.»

Der Basler FDP-Nationalrat Paul Wyss, in den 50er Jahren selbst als Nationalgoalie auf dem Eis, ist gegenüber den Plänen des Bundesrates kritisch eingestellt: «Wir wollen nicht den Sport verstaatlichen, sondern ihn kompetent unterstützen.» Wyss warnt weiter vor Problemen, «die durch die enorme Verbreitung des Sports entstehen» – vor allem in Wüstenregionen.

Carlo Schmid, Präsident der CVP, sieht in den Plänen des Bundesrates eine gefährliche Entwicklung, die zu einem enormen Flüchtlingszustrom führen könnte (Spielertransfer), und warnt vor «Windsor-Verhältnissen» (Falkland).

Paul Gemperli, CVP-Ständerat: «Der Bundesrat muss jetzt erklären, ob der Systemwechsel zur Mehrwertsteuer für ihn vorrangig ist oder nicht.»

Ruth Dreyfuss, Bundesrätin, zitiert einen Spruch, den sie im Büro aufgehängt hat: «Als ich jung war, wollte ich die Welt beherrschen, jetzt bin ich zufrieden, wenn ich mich selbst beherrschen kann.»

